

Wachsam bleiben

Am 7. Februar 2018 fanden die Koalitionsverhandlungen in der CDU-Parteizentrale in Berlin ihren Abschluss. Vorbehaltlich der Zustimmung der SPD-Basis zum Koalitionsvertrag in den kommenden Tagen, wurde damit der Weg zu einer Regierungsbildung geebnet.



*Rudolf Henke,
Präsident der
Ärztekammer
Nordrhein*

Foto: Jochen Rolfes

Es war eines der großen Versprechen der SPD an ihre Wähler: Der Ausstieg aus der vermeintlichen „Zwei-Klassen-Medizin“, der über eine einheitliche Gebührenordnung gebahnt werden und in einer Bürgerversicherung enden sollte.

Nach langem Ringen ist von einer Bürgerversicherung im Koalitionsvertrag nicht mehr die Rede. Stattdessen soll eine wissenschaftliche Kommission bis Ende 2019 Vorschläge für ein „modernes Vergütungssystem“ vorlegen und die damit zusammenhängenden medizinischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen beantworten. Ob und inwieweit diese Vorschläge umgesetzt werden, wird in der Folge entschieden.

Ein altes Sprichwort aus China lautet: Ein Kompromiss ist immer nur ein vorläufiger Erfolg. Genauso würde ich die Einrichtung der Kommission bewerten. Es ist richtig und gut, dass in den Koalitionsverhandlungen das höchst elementare Thema des Vergütungssystems nicht unter Zeitdruck entschieden, der Systemwechsel nicht eingeläutet wurde. Das heißt aber noch nicht, dass damit das Thema Bürgerversicherung dauerhaft vom Tisch ist. Wir müssen wachsam bleiben, dass aus der Kommission nicht das Einfallstor zur Bürgerversicherung wird, und dass sie nicht zur Abwehr einer sich in Überarbeitung befindlichen neuen GOÄ instrumentalisiert wird.

Es wird daher in den nächsten zwei Jahren eine unserer wichtigsten Aufgaben sein, Politik und Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass sich die tatsächlichen Probleme in unserem Gesundheitswesen nicht über eine Einheitsversicherung lösen lassen. Wir sind überzeugt, dass das duale Krankenkassensystem zu Innovationen führt und zu einem Qualitätswettbewerb beiträgt, von dem alle Patientinnen und Patienten in Deutschland profitieren.

Der Koalitionsvertrag setzt beim Thema Gesundheit an vielen Stellen richtige Impulse. Dazu zählen etwa die Verbesserung der medizinischen Versorgung auf dem Land, die bessere Vergütung der sprechenden Medizin, die Förderung der sektorenübergreifenden Versorgung sowie Maßnahmen gegen den Ärztemangel und die Aufstockung der Medizinstudienplätze. Ein Schritt in die richtige Richtung ist auch die Absicht, die Pflegepersonalkosten vom Fallpauschalen-System auszunehmen. Hier verdeutlicht sich die Einsicht, dass sich Personalkosten in einem pauschalierten System nicht bedarfsgerecht abbilden lassen.

Positiv zu bewerten sind auch die vorgesehene weitere Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung, die geplante Weiterentwicklung des Präventionsgesetzes und der Ausbau des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Es wird auf die Details ankommen, wie diese Ansätze am Ende ausfinanziert und umgesetzt werden sollen und welche Wirkkraft sie dann entfalten. Hier ist unsere Meinung und Mitgestaltung gefragt. **RA**